

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN JANUAR BIS JUNI 2022

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 18
presse@report-antisemitism.de

Berlin, 1. Auflage 2022

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P. ist Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)

Konzept, Redaktion

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V. bzw. auf den Seiten 9–10, 14, 17, 19, 28, 32–33 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2022 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite Der Buchstabe des hebräischen Alphabets ך (jud) hat im alphanumerischen Code Gematria einen Zahlenwert von 10. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

- 4 Zusammenfassung
- 6 Antisemitische Vorfälle in Berlin
von Januar bis Juni 2022
- 20 Statistische Abbildungen
- 26 Beispiele
- 34 Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien

ZUSAMMENFASSUNG

- Insgesamt **450** antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin von Januar bis einschließlich Juni 2022. Das sind weniger Vorfälle als im ersten Halbjahr 2021, als dem Projekt für den gleichen Zeitraum 574 antisemitische Vorfälle inklusive Nachmeldungen bekannt wurden.
- Im ersten Halbjahr 2022 ereigneten sich **neun** Angriffe, **zehn** gezielte Sachbeschädigungen, **zehn** Bedrohungen und **417** Fälle verletzenden Verhaltens sowie **vier** antisemitische Massenzuschriften. Die 417 Fälle verletzenden Verhaltens enthalten **17** Versammlungen, auf denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden.
- Insgesamt **97 Einzelpersonen** wurden im ersten Halbjahr tätlich angegriffen, bedroht oder auf andere Weise antisemitisch angefeindet. **78 Personen** waren jüdisch, israelisch oder wurden als solche adressiert, bei den anderen handelte es sich unter anderem um Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, von Parteien, der Presse, der Polizei oder um Personen, deren Hintergrund unbekannt ist. In **261** Vorfällen richteten sich die antisemitischen Anfeindungen gegen jüdische oder israelische **Institutionen**.
- Mehr als zwei Drittel der antisemitischen Vorfälle ereigneten sich **online**: 66 Prozent aller Vorfälle (299 Vorfälle) fanden in den sozialen Medien statt. Betroffen waren in 276 Fällen jüdische oder israelische Institutionen sowie andere zivilgesellschaftliche Institutionen, in 24 der dokumentierten Vorfälle wurden Einzelpersonen im Internet angefeindet.

- Antisemitische Vorfälle ereigneten sich im ersten Halbjahr 2022 in allen Berliner **Bezirken**. Insgesamt 32 Vorfälle, und damit deutlich weniger als im Vorjahreszeitraum, wurden in **Mitte** bekannt. Ebenfalls 32 Vorfälle, und damit mehr als im gleichen Zeitraum 2021, wurden in **Pankow** dokumentiert. In 18 Fällen handelte es sich dabei jedoch um antisemitische Schmierereien; bis auf eine bagatellisierten alle die Schoa und wiesen einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und zu den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf.
- Antisemitismus äußerte sich in Berlin am häufigsten als **Post-Schoa-Antisemitismus**. Er äußerte sich im ersten Halbjahr 2022 zwar auf unterschiedliche Weise – in Form von antisemitischem Othing, israelbezogenem Antisemitismus, modernem Antisemitismus und in einzelnen Fällen als antijudaistischer Antisemitismus. Doch in fast jedem zweiten Vorfall wurde die Erinnerung an die Schoa auf antisemitische Weise abgewehrt, die Schoa bagatellisiert oder positiv Bezug auf die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus genommen.
- Vorfälle mit zuordenbarem **politisch-weltanschaulichem Hintergrund** konnten am häufigsten dem rechtsextremen/rechten oder dem verschwörungsideologischen Spektrum zugeordnet werden (je 13 % der Vorfälle).
- Im Schnitt ereigneten sich rund **2,5 antisemitische Vorfälle pro Tag** in der Bundeshauptstadt – obwohl anlassbezogene antisemitische Dynamiken im ersten Halbjahr 2022 ausgeblieben waren. Gleichwohl wiesen weiterhin viele antisemitische Vorfälle in Berlin einen Bezug zur COVID-19-Pandemie auf: Knapp ein Viertel aller Vorfälle im ersten Halbjahr 2022 hatte weiterhin einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und zu den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung; vor allem antisemitische Bagatellisierungen der Schoa und Täter-Opfer-Umkehrungen sind in Berlin zum festen Bestandteil der Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie geworden. 2020 und 2021 hatte die COVID-19-Pandemie als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle gewirkt, im Mai 2021 war es zudem infolge der erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einer Vielzahl antisemitischer Vorfälle in Berlin und in der gesamten Bundesrepublik gekommen.

**ANTISEMITISCHE
VORFÄLLE IN BERLIN**
JANUAR BIS JUNI 2022

450 antisemitische **Vorfälle** wurden der **Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin** von Januar bis einschließlich Juni 2022 in Berlin insgesamt bekannt. Im ersten Halbjahr 2022 dokumentierte das Projekt **neun** antisemitische **Angriffe** (2021: 12). RIAS Berlin registrierte zudem **zehn gezielte Sachbeschädigungen, zehn Bedrohungen** und **417** Fälle **verletzenden Verhaltens**. Die Vorfallart verletzendes Verhalten umfasst eine hohe Spannweite antisemitischer Vorfälle: Sie reicht von Vorfällen, die sich von Angesicht zu Angesicht (23) ereignen, über Schmierereien (47), Beschädigungen (2) und antisemitische Aufkleber (22), die im Berliner Stadtbild entdeckt wurden, und schließt auch den Großteil antisemitischer Anfeindungen gegen Personen oder Organisationen im Internet ein (291). In **17** der 417 Fälle verletzenden Verhaltens handelte es sich um **Versammlungen**. Außerdem dokumentierte das Projekt vier antisemitische **Massenzuschriften**, ein deutlicher Rückgang gegenüber den 26 Massenzuschriften im Vorjahr.

Von den insgesamt 450 Vorfällen richteten sich 343 Vorfälle unmittelbar gegen jüdische, israelische oder als solche wahrgenommenen **Personen** oder **Institutionen**. Dem Projekt wurden 65 Vorfälle bekannt, in denen insgesamt 97 **Personen** von antisemitischen Angriffen, Bedrohungen, gezielten Sachbeschädigungen oder anderen antisemitischen Anfeindungen unmittelbar betroffen waren. Das sind weniger als im ersten Halbjahr 2021, als 128 Personen von direkten Anfeindungen betroffen waren. Mit 78 Personen handelte es sich bei 80 Prozent der Betroffenen um Jüdinnen_Juden und/oder Israelis beziehungsweise Personen, die als solche wahrgenommen wurden. 39 Betroffene waren männlich, 19 Betroffene waren weiblich. In acht Fällen war das Geschlecht unbekannt, divers, oder es handelte sich um gemischt-geschlechtliche Gruppen, bei denen die Geschlechter nicht eigens erfasst wurden. Insgesamt waren in 276 Vorfällen Institutionen betroffen. 261 Vorfälle, also mehr als die Hälfte aller bekannt gewordener Vorfälle, richteten sich gegen jüdische und/

oder israelische Institutionen oder solche, die als jüdisch adressiert wurden. In 15 Fällen waren zivilgesellschaftliche Institutionen und Gedenkinitiativen betroffen.

RIAS Berlin dokumentierte insgesamt 37 Vorfälle, die sich von **Angesicht zu Angesicht** ereigneten. Darunter sind die neun bekannt gewordenen Angriffe; dabei handelte es sich um Vorfälle, in denen Jüdinnen_Juden oder Personen, die zuvor antisemitisch markiert wurden, geschlagen oder angespuckt wurden. Auch fünf der zehn Bedrohungen sind darunter, in denen Betroffene unmittelbar verbal oder physisch bedroht wurden. Unter den Fällen von Angesicht zu Angesicht sind außerdem 23 Fälle verletzenden Verhaltens. In diesen Fällen wurden Personen unter anderem als „Jude“ beschimpft, oder es wurden abwertende Stereotype zugeschrieben, wie z. B. große Nasen, welche die Betroffenen als jüdisch markieren sollten. In weiteren Fällen äußerten sich den Betroffenen unbekannte Personen, Nachbar_innen oder Kolleg_innen gegenüber auf andere Weise antisemitisch.

Die Vorfälle sind häufig das Resultat zufälliger Begegnungen. Die Betroffenen sind in diesen Fällen zumeist in typischen Situationen des Alltags mit Antisemitismus konfrontiert, etwa beim Einkaufen oder auf dem Weg nach Hause. Diejenigen, die sich antisemitisch äußerten oder handelten, nahmen dabei in vielen Fällen jüdische oder israelische Symbole oder Zeichen zum Anlass, die Betroffenen anzugreifen oder anzufeinden – oft kommt es sehr plötzlich zu ablehnendem und aggressivem Verhalten vonseiten der Täter_innen. Auch dadurch wird die antisemitische Motivation der Handlung deutlich.

Tätliche antisemitische Angriffe können gravierende Auswirkungen auf die physische und psychische Unversehrtheit von Betroffenen haben. Aber auch Vorfälle von verletzendem Verhalten stellen empfindliche Eingriffe in den Alltag der Betroffenen dar, die ernüchternd und frustrierend, aber auch äußerst verletzend und zutiefst verunsichernd sein können.

Der größte Anteil antisemitischer Vorfälle, die RIAS Berlin dokumentierte, ereignete sich online. Die 299 Online-Vorfällen machten rund 66 Prozent aller Vorfälle aus und umfassten damit einen weitaus größeren Anteil als 2021. Dass eine so hohe Anzahl von Anfeindungen, die sich zudem überwiegend gegen jüdische und israelische Institutionen richtete, registriert wurde, ist auch auf eine verbesserte Datengrundlage zurückzuführen: Einige Institutionen haben Maßnahmen ergriffen, um die interne Dokumentation der gegen sie

gerichteten antisemitischen Vorfälle zu verbessern und um die tagtäglichen Anfeindungen sichtbarer zu machen.

Die Auswertung der Online-Vorfälle zeigt zudem, dass auf Social-Media-Plattformen antisemitische Anfeindungen in der Regel dann passieren, wenn jüdische und israelische Institutionen sich öffentlich zu aktuellen politischen Geschehnissen äußern, z. B. zu den Versammlungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie oder zum Ukraine-Krieg – oder auch allgemein zum Thema Antisemitismus. 23 Vorfälle hatten einen Ukraine-Bezug, in denen sich Elemente des israelbezogenen und des Post-Schoa-Antisemitismus verbanden. Ein immer wiederkehrendes Muster dieser Vorfälle war, dass an israelische Einrichtungen ein Doppelstandard angelegt wurde. In diesen Vorfällen wurde regelmäßig die Erwartung an die Einrichtungen formuliert, dass sie wegen der historischen Erfahrung der Schoa in bestimmter Weise politisch oder moralisch agieren müssten. Die Anfeindungen gegen sie wurden damit begründet, dass sie ebendieser Erwartung zuwidergehandelt hätten. Darin kommen auch erinnerungsabwehrende Motive zum Ausdruck.



◀ Kreuzberg, 09. Juni:
In der Dieffenbachstraße wurden Stolpersteine wiederholt mit schwarzer Farbe besprüht und die Namen unkenntlich gemacht. Die Steine erinnern an Rolf Brandt, Oskar und Anna Kaufmann, Bella Niessenbaum, Ilona Salzmänn und Max Katz.



▲ Spandau, 05. Januar: Eine Infostele zu jüdischem Leben in Spandau wurde mutmaßlich durch Steinwürfe beschädigt.



▲ Neukölln, 08. Juni: In Neukölln wurde ein privater PKW antisemitisch markiert.

73 der bekannt gewordenen Vorfälle ereigneten sich auf offener **Straße**, darunter waren drei antisemitische tätliche Angriffe und drei Bedrohungen. So wurde beispielsweise eine Person, die eine Tasche mit einem aufgedruckten Davidstern trug, angespuckt. In einer anderen Situation wurde eine Person, die an einer Kundgebung teilnahm, u. a. als „fake Jude“ beschimpft und bedroht. Bei 50 Vorfällen, die sich auf offener Straße ereigneten, handelte es sich um antisemitische Schmierereien, Aufkleber und Plakate. 27 antisemitische Vorfälle ereigneten sich im **öffentlichen Personennah- und Fernverkehr (ÖPNV)**, mehr als die Hälfte der dokumentierten tätlichen antisemitischen Angriffe (5) fanden hier statt, ebenso wie fünf Vorfälle von antisemitischem verletzendem Verhalten von Angesicht zu Angesicht. Bei der Hälfte der Vorfälle, die sich im **ÖPNV** ereigneten, handelte es sich um Schmierereien. RIAS Berlin dokumentierte im ersten Halbjahr 11 Vorfälle, die sich im **Wohnumfeld** ereigneten; antisemitische Vorfälle in diesem sensiblen Raum können das Sicherheitsempfinden der Betroffenen besonders beeinträchtigen. Darüber hinaus wurden dem Projekt antisemitische Vorfälle u. a. in **öffentlichen Grünanlagen** (9), an **Gedenkort**en (8), in **öffentlichen Gebäuden** (6), in **Gewerben** (6), in **Bildungseinrichtungen** (5), am **Arbeitsplatz** (3) und im **Stadion** (1) bekannt. Das zeigt, dass sich antisemitische Vorfälle an verschiedenen Orten des öffentlichen wie des privaten Lebens ereignen können.

Von den 450 antisemitischen Vorfällen, die dem Projekt im ersten Halbjahr bekannt geworden sind, lassen sich 151 geographisch in einzelnen **Berliner Bezirken** verorten. 21 Prozent der antisemitischen Vorfälle in den Bezirken wurden aus dem Bezirk **Mitte** dokumentiert (32). Im Vergleich zum Vorjahr, in dem in Mitte 67 Vorfälle im selben Zeitraum verzeichnet wurden, sind damit 8 Prozent weniger Vorfälle aus dem Bezirk bekannt geworden. Bei einem Drittel der Vorfälle in Mitte handelte es sich um Vorfälle von Angesicht zu Angesicht. In 65 Prozent der Vorfälle (20) konnte der politisch-weltanschauliche Hintergrund des Vorfalls nicht eindeutig festgelegt werden. Die Zahl der Vorfälle mit rechtsextremem/rechtem Hintergrund sind im berlinweiten Vergleich in Mitte geringer. Für den Bezirk **Pankow** wurden ebenfalls 32 antisemitische Vorfälle dokumentiert. In diesem Bezirk wurden mehr Vorfälle registriert als 2021 (1. Hj. 21: 20). Zurückzuführen ist dies auf mehrere Schmierereien mit ähnlichen Inhalten: bei 17 der 32 Vorfälle handelte es sich um antisemitische Schmierereien mit Schoa-bagatellisierenden und verschwörungsideologischen Inhalten aus dem verschwörungsideologischen Milieu (siehe Karte Seite 12/13). Knapp 60 Prozent der antisemitischen Vorfälle in diesem Bezirk (20) haben einen verschwörungsideologischen Hintergrund.

Aus **Charlottenburg-Wilmersdorf** wurden 20 antisemitische Vorfälle bekannt. Hier ereigneten sich 8 Vorfälle im ÖPNV, das waren 28 Prozent aller in Berlin bekannt gewordenen Vorfälle im ÖPNV. Für **Neukölln** wurden 16 antisemitische Vorfälle dokumentiert, von denen mehr als die Hälfte als israelbezogener Antisemitismus kategorisiert wurde. Hingegen spielt der Post-Schoa-Antisemitismus in Neukölln deutlich seltener eine Rolle als im berlinweiten Durchschnitt.

Für die anderen Bezirke liegen die Vorfällezahlen für das erste Halbjahr jeweils im einstelligen Bereich. Es fallen jedoch Differenzen auf: In **Treptow-Köpenick** haben sich 5 von 8 dokumentierten Vorfällen von Angesicht zu Angesicht ereignet, darunter zwei Angriffe und zwei Bedrohungen; in **Spandau** handelt es sich bei drei von vier dokumentierten Vorfällen um gezielte Sachbeschädigungen von Gedenkorten; in **Marzahn-Hellersdorf** haben fünf von sieben Vorfällen einen rechtsextremen Hintergrund, in der Mehrheit der Fälle handelte es sich jedoch um Aufkleber.

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet das Projekt die in Vorfällen getätigten verbalen oder nonverbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen von Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder gar mehr Erscheinungsformen zuordnen, entweder, weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen sehr viel höher als die Zahl der Vorfälle.

Schmierereien

„Damals die Juden – heute die Ungeimpften“

1

Weißensee, 07. Januar

„**Damals die Juden Heute die Ungeimpften**“¹

Wo: Ecke Roelckestraße/
Charlottenburger Straße

2

Prenzlauer Berg, 11. Januar

„**Damals die Juden, Heute die Ungeimpften**“

Wo: Schulzestraße/Wilhelm-Kuhr-Straße

3

Prenzlauer Berg, 11. Januar

„**Damals die Juden, Heute die Ungeimpften**“

Wo: Ecke Gubitzstraße/Ostseestraße

4

Prenzlauer Berg, 14. Januar

„**Damals die Juden – Heute die Ungeimpften**“

Wo: Bushaltestelle Am Friedrichshain

5

Prenzlauer Berg, 16. Januar

„**Damals die Juden heute die Ungeimpften**“

Wo: Ecke Kniproderstraße/
Conrad-Blenkle-Straße

6

Prenzlauer Berg, 18. Januar

„**Damals die Juden, heute die Ungeimpften**“

Wo: Hans-Otto-Straße/Arnswalder Platz

7

Prenzlauer Berg, 28. Februar

„**Damals die Juden, heute die Ungeimpften
als Sündenböcke**“/„**Digital geht Faschismus
besser als mit Adolf H.**“

Wo: Altkleidercontainer in der Nähe der
Winsstraße

8

Prenzlauer Berg, 23. März

„**Damals die Juden, heute die Ungeimpften**“
und „**Digitales Gefängnis Vorhof zu
Auschwitz**“

Wo: Danziger Straße/Nähe Arnswalder Platz

9

Prenzlauer Berg, 03. Mai

„**Damals die Juden, heute die Ungeimpften**“

Wo: Danziger Straße 100

10

Pankow, 14. Mai

„**Geht Selektion besser als auf der Rampe
in Auschwitz**“ und
„**Damals Zyklon B heute Impfung**“

Wo: Bürgerpark Pankow

11

Pankow, 22. Mai

„**Mit digitaler Identität geht Auschwitz besser
als mit Adolf Hitler**“

Wo: Bürgerpark Pankow

12

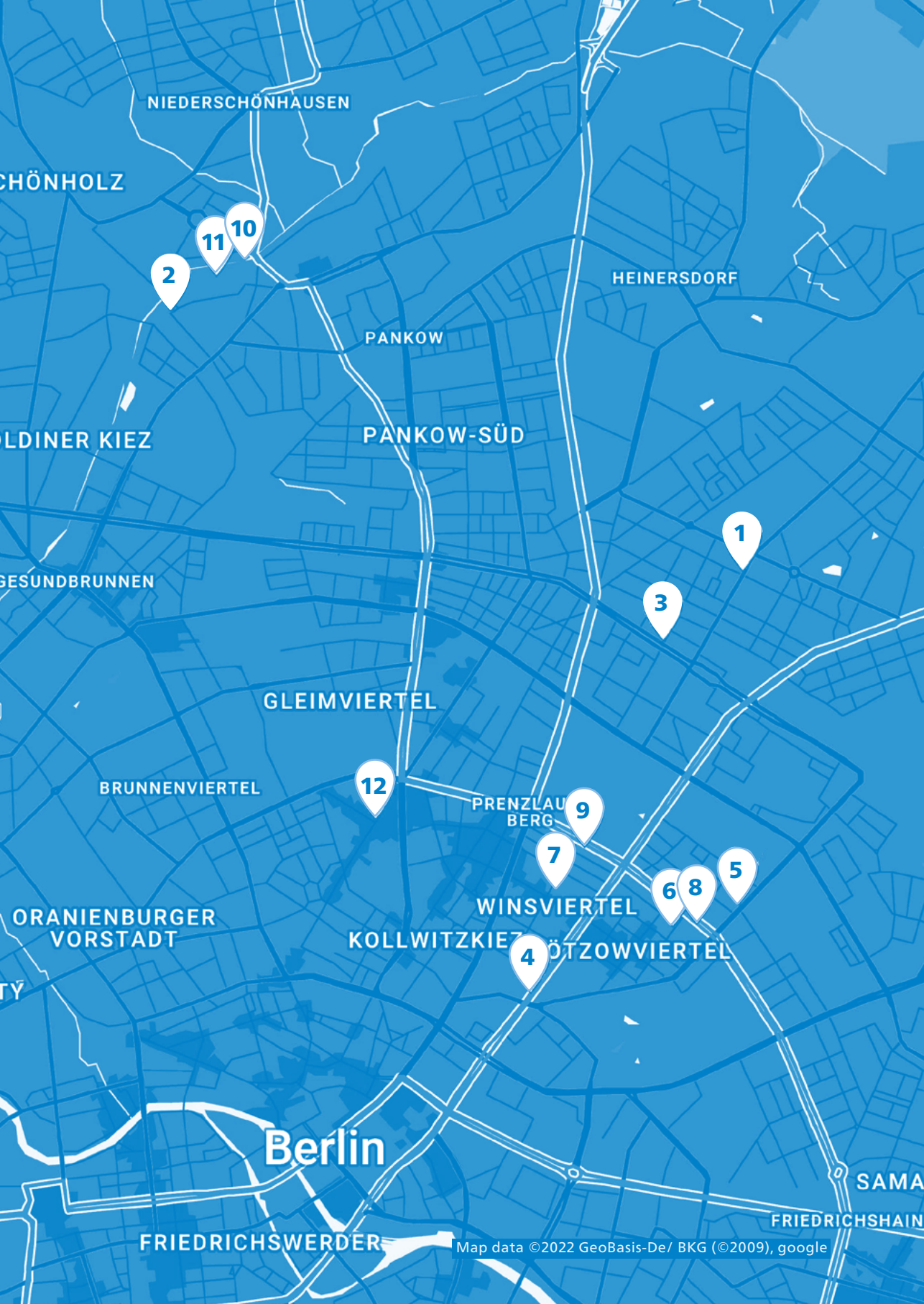
Prenzlauer Berg, 14. Juni

„**Ohne Bargeld geht s nach Auschwitz**“

(Fehler im Original)

Wo: Ecke Kastanienallee/Oderbergerstraße

¹ Die Schreibweise entspricht der verifizierten
Meldung oder dem zur Verfügung gestellten Bild.



NIEDERSCHÖNHAUSEN

CHÖNHOLZ

HEINERSDORF

PANKOW

LDINER KIEZ

PANKOW-SÜD

GESUNDBRUNNEN

GLEIMVIERTEL

BRUNNENVIERTEL

PRENZLAU
BERG

ORANIENBURGER
VORSTADT

WINSVIERTEL

KOLLWITZKIEZ ÖTZOWVIERTEL

Berlin

FRIEDRICHSWERDER

SAMA

FRIEDRICHSHAIN

Am häufigsten wiesen dem Projekt bekannt gewordene Vorfälle Inhalte des **Post-Schoa-Antisemitismus** auf: In 224 Fällen wurde die Erinnerung an die Schoa auf antisemitische Weise abgewehrt, die Schoa bagatellisiert oder positiv Bezug auf die Vernichtungspolitik des deutschen Nationalsozialismus genommen. Der Anteil der Vorfälle, in denen Inhalte des Post-Schoa-Antisemitismus geäußert wurden, ist seit Beginn der Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015 konstant hoch, 2022 liegt er bei rund 50 Prozent. Zugleich war diese Erscheinungsform stark präsent bei den Auseinandersetzungen um die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Auch im ersten Halbjahr 2022 dokumentierte das Projekt 98 Vorfälle, die dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen waren und einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen aufwiesen. Besonders ins Auge fielen einzelne Selbstviktimisierungen und bagatellisierende Referenzen auf die Schoa. So treten Schmierereien wie „Damals die Juden, heute die Ungeimpften“, „Impfen macht frei“ oder „Bargeldlos nach Auschwitz“ seit 2021 regelmäßig an unterschiedlichen Stellen in der Stadt auf.

Rund 46 Prozent der Vorfälle (209) zeigten Inhalte der Erscheinungsform des antisemitischen **Othering**; dieses trat nahezu ebenso häufig auf wie Post-Schoa-Antisemitismus. Antisemitisches Othering liegt dann vor, wenn Jüdinnen_ Juden als fremd oder nicht-dazugehörig markiert oder der Begriff



◀ Gesundbrunnen, 13. Februar: Die Schoa bagatellisierende Schmiererei am S+U Bhf Gesundbrunnen.

„Jude“ abwertend verwendet wird, beispielsweise als Schimpfwort. Otherring war zwischen Januar und Juni 2022 diejenige Erscheinungsform, die am häufigsten zusammen mit anderen Erscheinungsformen auftrat: Im ersten Halbjahr 2022 ordnete das Projekt 76 Vorfälle dieser Erscheinungsform zugleich dem Post-Schoa-Antisemitismus zu, 60 Vorfälle wiesen zugleich Inhalte des israelbezogenen und 41 Vorfälle zugleich Merkmale des modernen Antisemitismus auf.

Der Anteil der Vorfälle des **israelbezogenen Antisemitismus** lag im ersten Halbjahr 2022 bei rund 34 Prozent (152 Vorfälle). 2021 waren es im selben Zeitraum 269 Vorfälle, wobei rund ein Drittel dieser Vorfälle einen Bezug zu der erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. Im ersten Halbjahr 2022 blieb ein solcher Anlass aus, gleichwohl lag die Zahl höher als im ersten Halbjahr 2020 (108). Der Anteil der Vorfälle mit israelbezogenem Antisemitismus schwankte in den vergangenen Jahren stärker als derjenige der vorangegangenen Erscheinungsformen. Das verweist auf das antisemitische Potenzial, das anlassbezogen mobilisiert werden kann, wie etwa während einer Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Antisemitische Verschwörungsmythen und andere Elemente des **modernen Antisemitismus** waren in rund 23 Prozent der Vorfälle (104) zu beobachten. Nachdem antisemitische Verschwörungsmythen zu Beginn der COVID-19-Pandemie eine hohe Virulenz hatten, gehen solche Vorfälle seitdem konstant zurück: Im ersten Halbjahr 2020 ordnete das Projekt 151 Vorfälle dem modernen Antisemitismus zu, 57 davon wiesen einen Bezug zur COVID-19-Pandemie auf; 2021 waren es noch 133 Vorfälle des modernen Antisemitismus, 39 davon mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung; zwischen Januar und Juni 2022 hatten nur noch 28 Vorfälle einen solchen Bezug.

Dem **antijudaistischen Antisemitismus** ordnete das Projekt lediglich drei Prozent der Vorfälle (15) zu.

Monatlich dokumentierte das Projekt im Durchschnitt 75 antisemitische Vorfälle. Die meisten antisemitischen Vorfälle innerhalb eines **Monats** wurden im ersten Halbjahr im **Januar** dokumentiert (108). 74 dieser Vorfälle im Januar sind dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen, exakt die Hälfte der Januar-Vorfälle (54) wies einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf. Damit fand rund die Hälfte aller Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie im Januar statt, nämlich 54 von insgesamt 110 Vorfällen. Ein Anlass für diese hohe Zahl ist u. a. die seit November 2021 geführte Diskussion um die allgemeine Impfpflicht, die am 26. Januar erstmals auch im Bundestag debattiert wurde: 70 Prozent der antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie im Januar enthielten negative Äußerungen über Impfung oder Impfpflicht. Nach dem Scheitern der allgemeinen Impfpflicht Anfang April 2022 fiel der Anteil der antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie von 40 auf fünf Prozent. Das verweist darauf, dass die Debatten um die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen am Anfang des ersten Halbjahrs 2022 weiterhin eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Äußerungen boten.¹

Die zweithöchste Anzahl an Vorfällen ereignete sich im **Mai** (91). 2021 waren RIAS Berlin 226 antisemitische Vorfälle im Mai bekannt geworden. Rund 65 Prozent davon hatten eine explizite Bezugnahme auf die erneute Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufgewiesen. Jüdinnen_Juden waren im Mai 2021 in Berlin vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Israel und der Hamas in erhöhtem Maße mit antisemitischen Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert. Menschen, die als jüdisch identifiziert wurden, wurden in den Sozialen Medien dazu aufgefordert, sich zu positionieren und waren dort auch Beleidigungen und Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Im November 2021 veröffentlichte RIAS Berlin einen ausführlichen Monitoringbericht zu den Versammlungen und den Vorfällen in Berlin zwischen dem 9. Mai und 8. Juni unter dem Titel „Stop doing what Hitler did to us“.²

Im ersten Halbjahr 2022 hatte sich keine vergleichbare antisemitische Dynamik herausgebildet, durch die es zu einer so großen Häufung von antisemitischen Artikulationen gekommen war. Im April und Mai 2022 waren einige Versammlungen, die im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt

1 Anlässe wie politische Ereignisse, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Social Media Kampagnen oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken.

2 Downloadlink:
https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Berlin_-_Monitoring_-_Stop_doing_what_Hitler_did_to_you.pdf

standen, von der Polizei Berlin verboten worden. Von den 91 antisemitischen Vorfällen im Mai 2022 handelte es sich bei rund 40 Prozent der Vorfälle dennoch um israelbezogenen Antisemitismus (36). Das sind beinahe doppelt so viele wie im Mai 2020 (20/22%).

Mit 13 Prozent stellten rechtsextreme/rechtspopulistische Vorfälle (58) im ersten Halbjahr wie in den Vorjahren den häufigsten **politisch-weltanschaulichen Hintergrund** der Vorfälle dar, in denen ein solcher Hintergrund zu erkennen war. Bei den Vorfällen mit rechtsextremem/rechtspopulistischem Hintergrund sind alle von RIAS Berlin klassifizierten Erscheinungsformen vertreten. Dass in einem bestimmten politischen Spektrum sämtliche erfassten Erscheinungsformen auftreten, ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal des rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrums. Genauso viele Vorfälle (58) entstammten dem **verschwörungsideologischen Spektrum**, von denen 67 Prozent einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung aufwiesen. Bei rund 85 Prozent der Vorfälle mit verschwörungsideologischem Hintergrund (49) handelte es sich um Post-Schoa-Antisemitismus. Fast die Hälfte der Vorfälle mit verschwörungsideologischem Hintergrund wies jedoch auch Elemente des modernen Antisemitismus auf (27 Vorfälle), nur drei hingegen Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus.



▲ Mitte, 28. März: Antisemitische Bagatellisierungen der Schoa mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Die Aufschrift „Impfen macht frei“ ist angelehnt an den Schriftzug „Arbeit macht frei“, der auf dem Tor zum Konzentrationslager Dachau stand.



▲ Pankow, 25. Juni: Aufkleber mit antisemitischen Verschwörungsmmythen.

43 antisemitische Vorfälle konnten dem **antiisraelischen Aktivismus** zugeordnet werden, mehr als ein Viertel dieser Vorfälle ereignete sich im Mai.

22 Vorfälle wurden aus dem politisch-weltanschaulichen Spektrum der **politischen Mitte** artikuliert. In allen Fällen handelte es sich dabei um verletzendes Verhalten, diese Vorfälle ereigneten sich nahezu ausschließlich online. Knapp ein Drittel wies einen Bezug zum Ukraine-Krieg auf.

Rund 56 Prozent der Vorfälle im ersten Halbjahr 2022 (253) konnte **keinem** spezifischen politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. Das liegt wie in den Vorjahren daran, dass dem Projekt nicht immer ausreichend Informationen vorlagen oder mehrere politisch-weltanschauliche Hintergründe infrage kamen. Die Zuordnung war jedoch in diesem Jahr noch zusätzlich dadurch erschwert, dass im Zuge der Debatten um die COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung eine Reihe von Narrativen und Slogans, die vorher eindeutig dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden konnten, Einzug in den politischen Mainstream gehalten haben – insbesondere solche, die Schoa-bagatellisierend argumentierten. So sind 102 Vorfälle – knapp 40 Prozent –, denen kein politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden konnte, als Post-Schoa-Antisemitismus kategorisiert, 51 der 253 Vorfälle, circa ein Fünftel, wiesen einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf.

RIAS Berlin dokumentierte im ersten Halbjahr 2022 insgesamt weniger Vorfälle als im ersten Halbjahr von 2021. Anlässe, die im Vorjahr maßgeblich zu antisemitischen Dynamiken und steigenden Zahlen geführt hatten, waren im ersten Halbjahr 2022 weniger präsent oder fielen weg. Die Dokumentation zeigt aber die hohe Kontinuität des alltäglichen Antisemitismus: Durchschnittlich ereigneten sich mehr als zwei antisemitische Vorfälle pro Tag in der Bundeshauptstadt, wobei es kaum Räume gab, in denen es nicht zu antisemitischen Vorfällen kam.



◀ Wilmersdorf, 10. Januar:
Am U-Bhf Blissestraße wurde eine antiisraelische Schmiererei entdeckt. Die Ritualmordlegende wird regelmäßig auf Israel projiziert.

STATISTISCHE ABBILDUNGEN

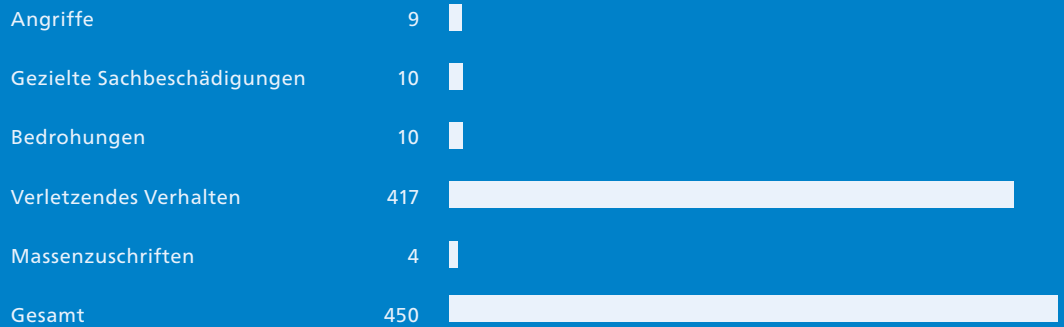
Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken

Januar bis Juni 2022

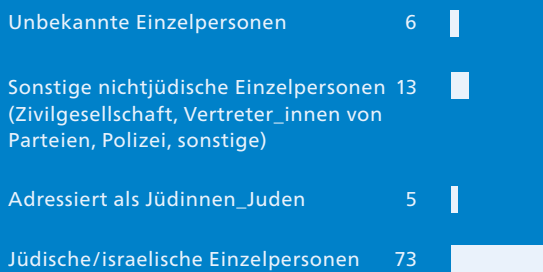


Online
299

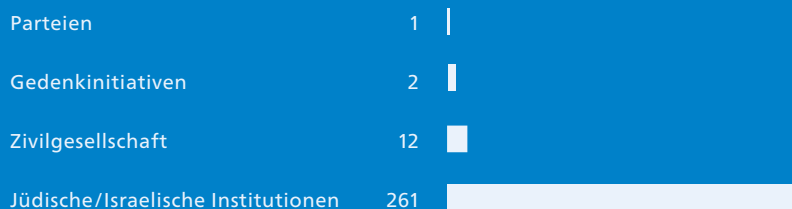
nach Kategorien



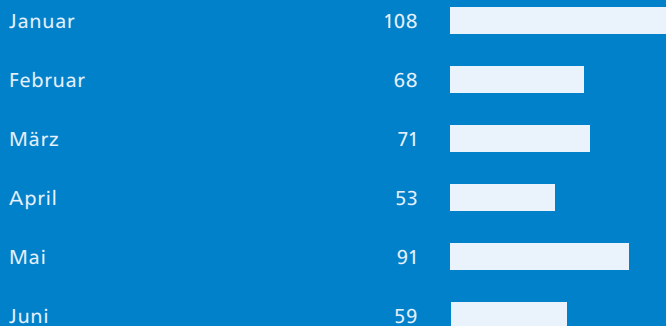
Betroffene Individuen



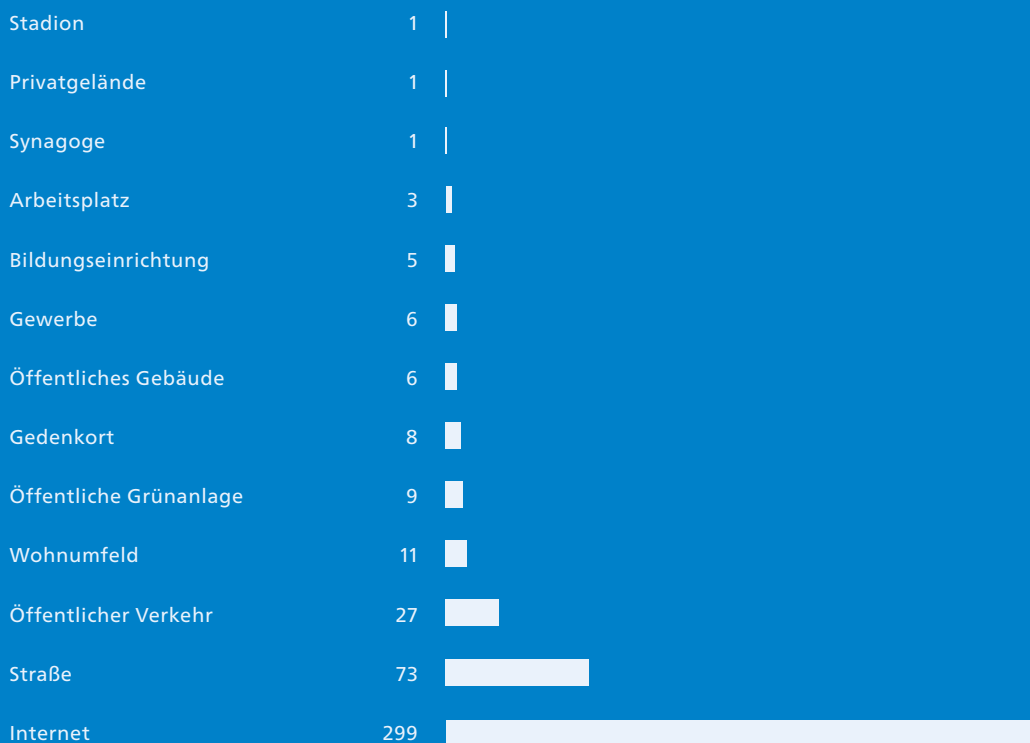
Institutionen



nach Monaten



Tatorte im ersten Halbjahr 2022



Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.

Post-Schoa-Antisemitismus

224 Fälle/49,8% 

Antisemitisches Othering

209 Fälle/46,4% 

Israelbezogener Antisemitismus

152 Fälle/33,8% 

Moderner Antisemitismus

104 Fälle/23,1% 

Antijudaistischer Antisemitismus

15 Fälle/3,3% 

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet.

Rechtsextrem/Rechtspopulistisch

58 Fälle/12,88%

Antiisraelischer Aktivismus

43 Fälle/9,55%

Verschwörungsideologisch

58 Fälle/12,88%

Politische Mitte

22 Fälle/4,88%

Islamisch/ Islamistisch

5 Fälle/1,11%

Links /Antiimperialistisch

10 Fälle/2,22%

Christlich / Christlicher Fundamentalismus

1 Fälle/0,22%

Unbekannt

253 Fälle/56,22%

BEISPIELE

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steine, Flaschen etc.) betrachtet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.¹

Mitte, 22. Februar: Ein älterer Mann spuckte eine Frau an, die eine Straße in Mitte entlangging und einen Beutel mit einem Davidstern trug.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 7. März: Eine israelische Touristin unterhielt sich beim Einkaufen mit ihrem Mann auf Hebräisch. Als sie kurz stehenblieb, schlug eine Person ihr wortlos ins Gesicht und entfernte sich rasch. Die Betroffene alarmierte die Polizei und benötigte Versorgung durch Sanitäter_innen. Sie erlitt durch den Angriff einen Nasenbruch.

Pankow, 10. März: In einem Hostel im Prenzlauer Berg griff ein Mann einen jüdischen Touristen, der eine Kippa trug, auf dem Weg ins Gemeinschaftsbadezimmer an. Der Angreifer fragte wiederholt auf Arabisch, ob der Betroffene Jude sei. Er schlug ihm die Kippa vom Kopf und trat auf ihr herum. Er packte ihn am Nacken, begann ihn zu schlagen und verlangte, dass er „Free Palestine“ sage – dabei versuchte er, den Betroffenen mit dem Handy zu filmen. Dieser konnte sich schließlich befreien und das Hostelpersonal bitten, die Polizei zu rufen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 23. März: Während einer Fahrt mit der S-Bahnlinie 3 wurde ein älterer Mann von einem jüngeren Mann antisemitisch beleidigt und anschließend angegriffen. Als der Betroffene aussteigen wollte, nahm ihn der Täter in den Schwitzkasten und schlug ihm in die Seite.

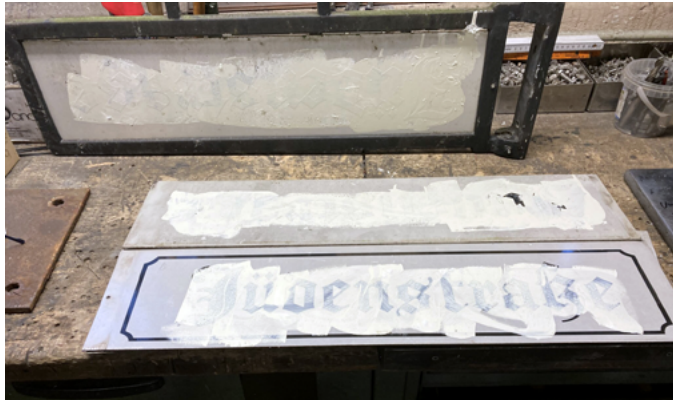
¹ In Abgrenzung hierzu werden physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen, als „extreme Gewalt“ erfasst.



Spandau, 21. Mai: In Spandau wurde eine Gedenktafel für den Spandauer Rabbiner Arthur Löwenstamm gezielt beschädigt.

Wilmersdorf, 02. Januar: Auf einer Infotafel zu Stolpersteinen, die an die ehemaligen jüdischen Bewohner_innen eines Hauses erinnern, wurde die Schoa in Frage gestellt.

Spandau, 04. April: In Spandau wurden zwölf Schilder der Judenstraße gezielt beschädigt und mit weißer Farbe unkenntlich gemacht.



Prenzlauer Berg, 12. März: Gezielte Sachbeschädigung einer Gedenk- und Infotafel, die an die Opfer eines der frühen Berliner Konzentrationslager erinnert, das sich von März bis Juni 1933 auf dem Wasserturmgelände befand.



Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen bzw. als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

2. Januar: In Berlin-Wilmersdorf wurde eine Gedenktafel zu Stolpersteinen in Erinnerung an die Deportation von Jüdinnen_Juden mit dem Schriftzug „Fake #News“ beschädigt.

Pankow, 12. März: Eine Gedenk- und Infotafel, die an die Opfer eines der frühen Berliner Konzentrationslagers erinnert, das sich von März bis Juni 1933 auf dem Wasserturmgelände befand, wurde an der Textstelle beschädigt, in der es um Jüdinnen_Juden geht.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

22. März: Ein Nachbar riss die Mesusa von der Tür seiner jüdischen Nachbarin ab. Es war bereits das zweite Mal, dass die Mesusa von ihrer Tür abgerissen wurde, zudem hatte er bereits einmal ihr Namensschild entfernt.

Spandau, 4. April: Die Straßenschilder der Judenstraße in der Spandauer Altstadt waren mit weißer Farbe übermalt worden und dadurch nicht mehr lesbar. Die Schilder wurden vom Bezirksamt unverzüglich ersetzt. Die Judenstraße, an der die erste Spandauer Synagoge stand, wurde

1938 durch das nationalsozialistische Regime in Kinkelstraße umbenannt. Bereits während des Festaktes zur Rückbenennung am 1. November 2002 war es zu Störungen gekommen.

Mitte, 20. April: An das Mahnmal für die deportierten Juden und Jüdinnen an der Putlitzbrücke in Moabit wurde „1UP“ geschmiert.

Reinickendorf, 27. April: In Berlin-Waidmannslust brannte eine Hecke vor dem Grundstück eines jüdischen Eigentümers. Auch weitere Einheiten in dem Objekt werden von jüdischen Bewohner_innen genutzt. Das ist in der Nachbarschaft bekannt. Nachdem die Polizei zunächst die Brandstiftung anzweifelte, wurde bei weiteren Ermittlungen festgestellt, dass die Hecke angezündet wurde.

Spandau, 23. Mai: Eine Gedenktafel für den Spandauer Rabbiner Arthur Löwenstamm, die an seinem ehemaligen Wohnhaus angebracht ist, wurde mit weißer Farbe beschmiert und unleserlich gemacht. Am dem Wohnhaus wurde zudem die aufgesprühte Zahl „146“ entdeckt. Dabei könnte es sich um den rechtsextremen Code „Auf den Führer“ handeln.

Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Gegenstände. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Tempelhof-Schöneberg, 29. Januar: Ein Mann, der eine Kippa trug, saß auf dem Rückweg von der Arbeit mit seinen Kopfhörern in der S-Bahn und wurde auf zwei Jugendliche aufmerksam, die sich ihm mit jeder Station näherten und ihn hämisch anlächelten. Er drehte die Musik leiser und merkte, dass sie darüber diskutierten, ob er jüdisch sei. Als er ausstieg, folgten ihm die beiden und blockierten ihm auf einer Treppe den Weg. Nachdem der Mann sich vorbeidrängen konnte, schrien sie ihm: „Jude, Jude, dreckiger Jude!“ hinterher.

Mitte, 21. April: Ein Teilnehmer einer Kundgebung in Solidarität mit der Ukraine wurde antisemitisch beleidigt und bedroht. Der Betroffene trug neben einer Ukraine- auch eine Israelflagge bei sich. Ein Passant pöbelte ihn mit „Ihr schieß Satanisten“ und „Israel Satanisten, ihr Fake Juden“ an. Als der Betroffene ihn zum Gehen aufforderte und den antisemitischen

Aussagen widersprach, drohte ihm der Mann. Ein weiterer Teilnehmer holte schließlich die Polizei und der Mann erhielt einen Platzverweis.

Neukölln, 29. Mai: Zwei Männer näherten sich auf einer Neuköllner Straße einer als jüdisch erkennbaren Person, sprangen aggressiv auf sie zu, als ob sie angreifen würden, und schrien ihr „Jude“ ins Gesicht. Als die betroffene Person merkbar Angst bekam, zwinkerten sie ihr zu und entfernten sich.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.²

Treptow-Köpenick, 23. Januar:

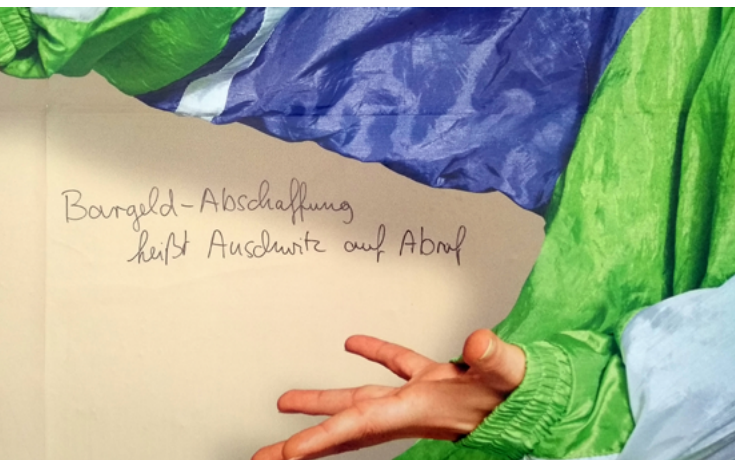
An der Wand auf der Rückseite eines Kinos in Alt-Treptow wurde die Schmiererei „Juden vergasen“ entdeckt.

Mitte, 31. Januar: Am S-Bahnhof Westhafen wurden mehrere Schoa-bagatellisierende Schmierereien entdeckt. Auf einen Pfeiler wurde „Impfen macht frei“ geschmiert, auf einen anderen ein „Judenstern“ mit der Aufschrift „Ungeimpft“, ein weiterer befand sich an einer Infotafel zur Haltestellenübersicht der S-Bahnlinien.

Steglitz-Zehlendorf, 7. Februar:

Ein Nachbar äußerte gegenüber einer jüdischen Frau antisemitische Verschwörungsmuthe. Die Frau unterhielt sich im Hausflur mit Nachbar_innen über die Covid-19-Pandemie und über die Armut, die dadurch vielen Menschen drohe. Unvermittelt drehte sich ein Nachbar, der wusste, dass die Frau jüdisch ist, um und suggerierte, dass die deutsche Politik von Israel bestimmt werde.

² Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie „Massenzuschriften“ behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, Plakate o.Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.



◀ Steglitz, 28. Juni: Antisemitische und die Schoa bagatellisierende Schmierereien am S-Bhf Rathaus Steglitz. Die Schmierereien nehmen mutmaßlich Bezug auf bargeldloses Bezahlen als eine Maßnahme zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und verbreiten einen Verschwörungsmythos.

Berlin Mitte, 18. März: Bei einer Stand Up Comedy Show in Mitte am 18. März äußerte sich einer der dort auftretenden Comedians drei Gästen gegenüber antisemitisch, nachdem sie gesagt hatten, dass sie aus Israel kommen. Die drei Betroffenen wurden von dem Comedian bereits zu Beginn seiner Show damit konfrontiert, dass er sie als „semitic“ bezeichnen werde, da er das Wort „Jude“ nicht in den Mund nehmen könne. Im weiteren Verlauf seiner Show verhielt er sich den israelischen Gästen gegenüber provozierend. Als diese ihn baten, sich anderen Gästen zuzuwenden, entgegnete er, sie hätten jetzt zwar eine harte Zeit, jedoch erginge es ihnen besser als der palästinensischen Bevölkerung. Gegen Ende des Beitrags forderte er die Betroffenen auf, die Show zu verlassen. Eine Person aus dem Publikum drückte ihnen gegenüber nach Ende der Veranstaltung ihre Betroffenheit über den Vorfall aus.

Online, 23. März: Unbekannte Personen teilten in einer Chatgruppe eines Instant-Messaging-Dienstes über hundert antisemitische und die Schoa und den Nationalsozialismus bagatellisierende Nachrichten. Die Chatgruppe war für jüdische Geflüchtete aus der Ukraine und Unterstützer_innen eingerichtet worden. Die Personen teilten außerdem nationalsozialistische Fotos und Videos sowie antisemitische Karikaturen und Bilder, die Vernichtungsfantasien ausdrückten.

Marzahn-Hellersdorf, 27. März: In Mahlsdorf kam es bei einem Berliner Landespokalspiel zu einem antisemitischen und einem antiziganistischen Vorfall. Vor Beginn des Spiels sammelten sich einige Anhänger_innen vor der Sportanlage. Bereits außerhalb der Anlage riefen sie antiziganistische Parolen („Mahlsdorf, ihr Zigeuner“). Die Parole wurde während des Spiels wiederholt gerufen und war für mehrere Personen gut hörbar. Als

einer der Fans im Eingangsbereich einen Ordner mit einem Union Berlin-T-Shirt sah, bezeichnete er diesen abfällig als „Judengestalt“.

Mitte, 04. April: Ein Mann pöbelte seinen jüdischen Nachbarn an. Der Betroffene war dabei, seinen Keller auszuräumen, als ein Nachbar zu ihm sagte: „Arbeit macht frei“. Der Betroffene, dessen jüdische Herkunft dem Mann bekannt war, kritisierte diese Äußerung und forderte ihn auf, sie in Zukunft zu unterlassen. Der Mann tat den Betroffenen als „zu empfindlich“ ab und verweigerte eine Entschuldigung.

Pankow, 14. Mai: Im Bürgerpark Pankow wurden Schoa-bagatellisierende Schmierereien auf einer Bank entdeckt. Dort war zu lesen: „Geht Selektion besser als auf der Rampe in Auschwitz“ und „Damals Zyklon B heute Impfung“.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

13. Mai: Zwei junge Männer zeigten in der S-Bahn den Hitlergruß und beschimpften einen jüdischen Fahrgast antisemitisch. Sie bezeichneten Juden als Nazis und machten alle Juden für die israelische Politik verantwortlich. Der jüdische Fahrgast widersprach den Äußerungen. Im Laufe des Gesprächs beruhigten sich die Männer und stiegen schließlich aus.

Online, 15. Juni: Eine zivilgesellschaftliche jüdische Einrichtung erhielt unter einem Posting zum Thema Judentum auf einer beliebten Social Media Plattform zahlreiche antisemitische Kommentare. Ein_e User_in bezeichnete in einem Kommentar die „Ausrottung der Palästinenser“ als Hauptströmung des Judentums und dämonisierte damit Jüdinnen_Juden.



◀ Mitte, 23. März: An dem Ableger eines touristischen Berliner Bootsfahrtsunternehmens wurde die israelische Flagge zerkratzt.

ANHANG: DATENGRUNDLAGE, BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Datengrundlage

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.reportantisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über Emails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines pro-aktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt.³

RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016 – 2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Anders als in den Jahren 2016 – 2020 und wie bereits für das Jahr 2021 konnte das Projekt für das erste Halbjahr 2022 keinen Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen. Der Datenschutzbeauftragte der Berliner Strafverfolgungsbehörden sieht hierfür mit Stand vom Januar 2022 keine Rechtsgrundlage mehr vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich wie im Vorjahr eine Unklarheit über die Gesamtheit der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischer Vorfälle im ersten Halbjahr 2022.

Die Aussagefähigkeit der Auswertung „Antisemitische Vorfälle in Berlin – Januar bis Juni 2022“ bleibt dennoch bestehen. Auch der Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 ist valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.

³ In den vergangenen Jahren dokumentierte RIAS Berlin für die erste Jahreshälfte inklusive Nachmeldungen 515 (2017), 579 (2018), 457 (2019) 447 (2020), sowie 574 (2021) Vorfälle.

Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfällen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.⁴ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.⁵ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.⁶

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfälltyp, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund.

4 Siehe RIAS Berlin, Arbeitsweisen, online unter <https://report-antisemitism.de/rias-berlin>, abgerufen am 07.10.2021.

5 Siehe ebd.

6 Siehe Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: *Jewish Political Studies Review* 16 (2004) 3–4, online unter <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/>, abgerufen am 07.10.2021.

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom CST in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als extreme Gewalt gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als Angriffe werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer gezielten Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als Bedrohung gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als Massenzuschrift werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich einerseits um religiöse wie weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Andererseits können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein_e Betroffene_r.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im antisemitischen Otherring werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im antijudaistischen Antisemitismus werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmysmen, so wird dies dem modernen Antisemitismus zugerechnet. Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Daher werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund mangelnder Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als rechtsextrem/rechtspopulistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Abgrenzung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber zugleich zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.⁷

7 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. Online unter https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf, abgerufen am 02.04.2021.

Als links/antiimperialistisch werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter christlich/christlicher Fundamentalismus werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als islamisch/islamistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem verschwörungsideologischen Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer dominiert.

Auch für das Milieu des antiisraelischen Aktivismus gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der politischen Mitte werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCHE VORFÄLLE

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldenetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt halbjährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de
oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdk

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von



Gefördert durch

BERLIN



Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

im Rahmen von

**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus